

FRÄNKISCHE NACHRICHTEN



GUTER START MIT HÜRDEN

Charles III. sitzt seit 100 Tagen auf dem Thron ▶ Aus aller Welt

TAUBERBISCHOFSHAIM

TROTZ KRITIK

Gemeinderat Werbach hält an Abschaltung der Straßenbeleuchtung fest ▶ Lokales

DONNERSTAG 15. DEZEMBER 2022 · NR. 290

FNWEB.DE

B 2917 · Preis: 2,50 €



Glatteis-Chaos in Freiburg

München/Freiburg. Wegen des Wintereinbruchs ist es am Mittwoch vor allem im Raum Südbaden zu Behinderungen gekommen. Glatteis führte zu zahlreichen Unfällen in der Region um Freiburg. Das Polizeipräsidium Freiburg registrierte bis zum Mittag mehr als 50 Verkehrsunfälle. Mehrere Menschen seien verletzt worden, hieß es. Am heutigen Donnerstag soll es laut Deutschem Wetterdienst im Süden stark bewölkt werden, mit gebietsweise noch leichtem Schneefall oder gefrierendem Regen, der bis zum Mittag abklingt. *dpa* (BILD: PHILIPP VON DITFURTH/DPA)

WETTER



Heute
-2/-7 °C
Bedeckt



Freitag
0/-11 °C
Leicht bewölkt



Samstag
-2/-12 °C
Sonnig

Positive Erfahrungen mit E-Bus

Verkehr: Halbjährige Testphase beendet

Main-Tauber-Kreis. Im Rahmen der Jubiläumsveranstaltung „25 Jahre Verkehrsgesellschaft Main-Tauber-Kreis (VGMT)“ hat Mischa Sydow, Regionalleiter Bus Nord der Südwestdeutschen Landesverkehrs-GmbH (SWEG), am 1. Juli einen elektrischen Linienbus an Landrat Christoph Schauder übergeben (wir berichteten). Nach knapp sechs Monaten und durchschnittlich 120 Kilometern in den Tagesumläufen endet der E-Bus-Test im Main-Tauber-Kreis mit einem positiven Fazit.

„Der E-Bus hinterlässt sowohl beim Fahrpersonal als auch bei den Fahrgästen einen durchweg positiven Eindruck“, erklärte Sydow. Ursula Mühleck, Dezernentin für Kreisentwicklung, Kultur und Bildung im Landratsamt und Geschäftsführerin der VGMT, sagte: „Wir stehen in engem Austausch mit den Verkehrsunternehmen und wollen die Mobilitäts- und Antriebswende gemeinsam angehen.“

▶ Bericht Lokales

Scholz: Putin hat sich verrechnet

Ukraine-Krieg: Der Bundeskanzler wirft dem Kremlchef eine Strategie der verbrannten Erde vor. Erneut russische Drohnen-Angriffe auf Kiew

Berlin/Kiew. Bundeskanzler Olaf Scholz hat die Politik des russischen Präsidenten Wladimir Putin verurteilt. In seiner Regierungserklärung im Bundestag sagte der SPD-Politiker, der Kremlchef habe sich mit dem Angriffskrieg auf die Ukraine fundamental verrechnet. Putin habe sowohl den Mut der Ukrainer als auch den Willen ihrer europäischen Verbündeten unterschätzt. Nun reagiere er mit einer „furchtbaren und zugleich völlig verzweifelten Strategie der verbrannten Erde“, indem er Infrastruktur angreife. „Aber auch damit kommt Putin nicht durch“, meinte Scholz.

Bei der Zusage weiterer – auch militärischer – Unterstützung nannte Scholz keine Waffensysteme. Oppositionsführer Friedrich Merz (CDU) forderte, der Ukraine die ge-

wünschten Leopard-2-Kampfpanzer und Marder-Schützenpanzer zu liefern. Scholz betont immer wieder, bei Waffenlieferungen an Kiew werde es keine deutschen Alleingänge geben.

Weitere Großoffensive erwartet

Die Bundesregierung reagierte jüngst auch skeptisch auf die Option, Patriot-Luftabwehraketen statt nach Polen direkt in die Ukraine zu liefern. Die US-Regierung scheint dies hingegen nun in Erwägung zu ziehen. Das meldeten mehrere US-Medien. Womöglich würden die Pläne noch diese Woche offiziell gemacht. Das Patriot-System kann Flugzeuge, Marschflugkörper, Drohnen und Raketen auch in größerer Entfernung abwehren und würde die Ukraine deutlich stärken.

Die Ukraine hat am Mittwochmorgen nach eigenen Angaben mehr als ein Dutzend Drohnen über der Hauptstadt abgeschossen. Bei den Angriffen fielen nach ukrainischen Angaben Trümmer der 13 abgeschossenen Drohnen auf zwei Verwaltungsgebäude und vier Wohnhäuser in Kiew. Verletzte oder Tote meldeten die ukrainischen Behörden zunächst nicht.

Ein Ende des Kriegs ist nicht in Sicht. Vielmehr erwartet der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba nach eigenen Worten eine neue russische Großoffensive im Januar oder Februar. „Sie werden es versuchen und wir werden versuchen, es zu verhindern“, sagte Kuleba am Dienstagabend. Die Hilfsorganisation International Rescue Committee sagte für 2023 eine Verschärfung der hu-

manitären Krise voraus. Wegen des Ukraine-Kriegs sind 2022 auch mehr Journalisten zu Tode gekommen als in den Vorjahren, wie Reporter ohne Grenzen meldete.

Russland war im Februar in die Ukraine einmarschiert. Während vor allem im Osten des Landes auch am Boden heftig gekämpft wird, greift Russland immer wieder im ganzen Land aus der Luft an und zerstört Energieanlagen. Deshalb sitzen oft Hunderttausende ohne Strom in Eiseskälte. Nach Angaben von Unicef haben fast alle sieben Millionen Kinder in der Ukraine nicht durchgehend Strom, Heizung und Wasser. Kreml-Angaben zufolge ist auch über die bevorstehenden Feiertage keine Waffenruhe in der Ukraine geplant. „Nein, es hat niemand irgendwelche Vorschläge ge-

macht, und dieses Thema steht auch nicht auf der Tagesordnung“, sagte Kremlsprecher Dmitri Peskow am Mittwoch der Agentur Interfax zufolge auf eine Frage von Journalisten.

Die Kriegsparteien schafften es aber immerhin, weitere Gefangene auszutauschen. Dabei kamen 64 ukrainische Soldaten frei sowie ein US-Bürger, „der unseren Leuten geholfen hat“, wie der Chef des Präsidentenbüros in Kiew, Andrij Jermak, mitteilte. Insgesamt hat die Ukraine nach eigenen Angaben bisher mehr als 1400 Kriegsgefangene zurückbekommen. Auf russischer Seite war über den Austausch eines Priesters und die Überführung der Leichen zweier Söldner der Truppe Wagner berichtet worden. *dpa*

▶ Bericht Politik

Kritik an Landespolitik

Umfrage: Mehrheit bei Umgang mit Flüchtlingskrise skeptisch

Stuttgart. Die Menschen in Baden-Württemberg beurteilen die Arbeit der Landesregierung in der Flüchtlingspolitik kritisch. 49 Prozent der Bürgerinnen und Bürger kommen zu dieser Einschätzung, nur 27 Prozent stellen dem Land ein gutes Zeugnis aus. Das ergab eine Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Rahmen des BaWü-Check der Tageszeitungen im Südwesten. Die Umfrage machte zudem deutlich, dass die Bürgerinnen und Bürger vollkommen anders auf die aktuelle Flüchtlingswelle reagieren als in den Jahren 2015 und 2016. Die große Mehrheit (73 Prozent) spricht sich dafür aus, auch in den kommenden Monaten weitere Flüchtlinge aus der Ukraine aufzunehmen. *red*

▶ Bericht Südwest

Härtere Sanktionen gefordert

Proteste: Parlament in den Niederlanden beschließt Antrag gegen 227 iranische Abgeordnete

Den Haag/Teheran. Das niederländische Parlament hat sich mehrheitlich für härtere Sanktionen gegen den Iran wegen der brutalen Niederschlagung systemkritischer Proteste ausgesprochen. 227 iranische Abgeordnete müssten auf die EU-Sanktionsliste gesetzt werden, hieß es in einem Antrag des niederländischen Parlaments am Mittwoch, wie die Nachrichtenagentur ANP berichtete. Außerdem müssten die iranischen Revolutionsgarden auf die EU-Terrorliste gesetzt werden.

Bereits am Dienstag hatte ein Sprecher der Teheraner Justizbehörde bekanntgegeben, dass im Zusammenhang mit den Protesten in Iran alleine in der Hauptstadt Teheran bislang 400 Demonstranten zu Haftstrafen verurteilt worden seien. Die Höhe der Haftstrafen liegt demnach zwischen zwei und zehn Jahren. 70 weitere Demonstranten seien darüber hinaus zu hohen Geldstrafen



Demonstrantinnen in Berlin mit einem Bild des kürzlich im Iran hingerichteten Mohsen Shekari. BILD: JOERG GARSTENSEN/DPA

verurteilt worden. Nach Angaben von Menschenrechtlern wurden bisher mindestens 18 000 Teilnehmer der systemkritischen Demonstrationen festgenommen. Auch Todesurteile wurden schon vollstreckt, was

im In- und Ausland für Entsetzen sorgte. Mindestens 23 weiteren Demonstranten droht laut Medienberichten die Hinrichtung. *dpa*

▶ Berichte Politik

EU-Entwurf zu Katar

Korruptionsskandal: Vorerst keine Parlamentsvorlagen mehr

Brüssel. Im Korruptionsskandal rund um die ehemalige Vizepräsidentin Eva Kaili will das EU-Parlament einem Entwurf zufolge bis auf Weiteres alle gesetzgeberischen Tätigkeiten zu Katar aussetzen. Es solle auch keine Dienstreisen in das Golfemirat geben, solange die Vorwürfe nicht geklärt seien, hieß es in einem Entwurf für eine fraktionsübergreifende Entschließung, über die das Parlament am Donnerstag abstimmen will. Außerdem soll demnach künftig mehr Personal und Geld zur Verfügung gestellt werden, um das EU-Lobbyregister besser überwachen zu können. Die Transparenzregeln sollen dem Entwurf zufolge nun auch für Nicht-EU-Länder gelten. Außerdem soll ein Ethikgremium geschaffen werden. Änderungen sind noch möglich. *dpa*

Geschäfte laufen gut

Viele profitieren: Wieder echtes Weihnachtsmarkt-Leben

Heidelberg. Nach den Einschränkungen der Corona-Pandemie gibt es in Heidelberg nun wieder ein echtes Weihnachtsmarkt-Leben. Davon haben nicht nur die Besucher und Buden-Betreiber etwas, sondern auch die Tourismusbetriebe – und eigentlich die ganze Stadt. Denn ein Adventsmarkt ist auch ein Wirtschaftsfaktor. „Der Weihnachtsmarkt läuft sehr, sehr gut“, bestätigt Mathias Schiemer, Geschäftsführer von Heidelberg Marketing. Heidelberg wird immer wieder in einem Atemzug mit den bekanntesten Weihnachtsmärkten wie Dresden und Nürnberg genannt. Auf „www.deutsche-weihnachtsmaerkte.de“ wird Heidelberg aktuell gar als „Weihnachtsstadt“ geführt.

▶ Bericht Main-Neckar

Kundenforum Tauberbischofsheim
Schmiederstraße 19
97941 Tauberbischofsheim

Kundenservice
09341 – 83 0

E-Mail
Abonnement/Zustellung: kundenservice@fnweb.de
Anzeigenabteilung: fn.anzeigen@fnweb.de
Redaktion: red.tbb@fnweb.de

FN-Reisen
09341 – 83 222
tbb@fn-reisen.com

4 190291 702502 40150